

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 60 (1981)
Heft: 1

Artikel: Wagnis Programmrevision
Autor: Hubacher, Helmut
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339678>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wagnis Programmrevision

Am Parteitag 1976 wurde beschlossen, das bestehende Parteiprogramm 1959 (Winterthurer Programm) zu überarbeiten. Leitmotiv soll der «Bruch mit dem Kapitalismus» sein. Eine Programmkommission, bestehend aus Peter Bichsel, Arnold Künzli, François Masnata, Elisabeth Schild und Otto F. Walter, legte nach fast dreijähriger Arbeit einen Entwurf vor. Geschäftsleitung und Parteivorstand diskutierten und kommentierten ihn. Inzwischen sind die Sektionen und Kantonalparteien der SPS mit dem Entwurf, einer Stellungnahme der GL und einem historischen Abriss über bisherige Programmdebatten in der SPS bedient worden. Bis Mitte 1981 sollten die Vernehmlassungen vorliegen, damit am Parteitag von Mitte Oktober 1981 eine erste grosse Eintretensdebatte stattfinden kann.

Soweit das Szenario. An dieser Stelle sei den Mitgliedern der Programmkommission für ihre enorme Arbeit herzlich gedankt.

Der Verfasser des ersten SPS-Parteiprogramms, Albert Steck, erklärte 1876, der Freisinn habe mit der Schaffung des heutigen Bundesstaates von 1848 seine historische Mission beendet. Er habe zugleich auch seine Liberalität und Radikalität verloren. Deshalb könne nur die SPS zur politischen auch die wirt-

schaftliche Demokratie erkämpfen. Der neue Programmentwurf stellt den Versuch dar, diesem geschichtlichen Auftrag gerecht zu werden.

Die Frage könnte auftauchen, ob es überhaupt ein neues Parteiprogramm brauche? Zum einen hat der Parteitag darüber bereits entschieden. Zum andern: ja. Unsere Zeit ist schnelllebig geworden. Das heutige Winterthurer Parteiprogramm ist von der seitherigen Entwicklung überholt worden, ist keineswegs total überaltert oder wertlos, sondern muss einfach fortgeschrieben werden. Es ist nicht so, wie einige meinen, dass der «*Bruch mit dem Kapitalismus*» eine völlig neue Richtung manifestiere. In den fast hundert Jahren, seit es die SPS gibt, hat diese Zielsetzung immer bestanden. Es ist ebenso sehr sozialdemokratische Tradition, dieses Ziel etappenweise mit Reformen zu erreichen. Schon Karl Marx erklärt in seiner Rede zur Eröffnung der Ersten Internationale, als er eine damals von englischen Arbeitern erreichte Arbeitszeitverkürzung bewertete, dieser Erfolg stelle einen Sieg des Prinzips dar. Das Prinzip der Arbeit habe über das Prinzip der Ökonomie gesiegt. Damit hat der für viele Sozialisten massgebliche Denker der Schritt-für-Schritt-Politik zugestimmt. Mit anderen Worten, Karl

Marx hat die reformistische Politik für richtig befunden. Ich will damit nur folgendes sagen: Der «Bruch mit dem Kapitalismus» ist weder eine revolutionäre Neuerkenntnis noch ein Abgehen von der bisherigen Strategie.

Der neue Programmentwurf enthält als zentralen Gedanken die Selbstverwaltung. Selbstverwaltung in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, das heisst Selbstverwirklichung des Menschen. Uns Sozialdemokraten befriedigt weder der private Kapitalismus noch die östliche Planwirtschaft, auch Staatskapitalismus genannt. Der Privatkapitalismus hat zwar grosse wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen, aber nur mit einem unerhörten Verschleiss an Ressourcen, Umwelterstörung und Ausbeutung der Menschen. Der Staatskapitalismus ist mit seiner zentralen bürokratischen Planwirtschaft keine sozialistische Alternative. Der Gedanke der Selbstverwaltung dagegen entspricht der (eid)genossenschaftlichen Tradition, hat seine Wurzeln also in der eigenen Geschichte und weist einen neuen Weg. Er könnte auch eine Antwort zur ganz anders gemeinten Strategie des Freisinns, «weniger Staat und angeblich mehr Freiheit», werden. Weniger Staat heisst für uns z.B. weniger freisinnige Bürokratie, weniger Bürgerschikanen, weniger Ab-

hängigkeit, weniger Ohnmacht, weniger Grosstechnologie und mehr Menschlichkeit. *Selbstverwaltung als Prinzip ist das, was wir unter Humanisierung der Arbeitswelt, unter Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft verstehen.*

Viele mögen erwidern, Selbstverwaltung sei eine Vision oder eine Illusion. Unsere eigene Geschichte hat uns gelehrt, dass die Utopien von heute die Realitäten von morgen werden können. Ein grosses Ziel muss erreichbar sein. Wir brauchen Strategien und Übergangslösungen, um das Ziel etappenweise anzugehen. Selbstverwaltung ist für uns weder ein Zauberwort noch die Hoffnung, unsere Schweiz auf einen Schlag umpflügen zu können. Die auf breiter Basis eingeleitete Diskussion soll dazu beitragen, aus einer faszinierenden Idee ein praktikables Arbeitsprogramm zu machen, um den Menschen, unseren Wählern, Sympathisanten und potentiellen Anhängern glaubwürdige und vernünftige Alternativen zu präsentieren.

Im Moment ist nicht einmal entscheidend, ob man den Programmentwurf ganz oder nur teilweise akzeptiert oder sogar ablehnt. Der Entwurf stellt eine *schöpferische Provokation* dar. Er soll einen Denkprozess auslösen. Er soll die eigene Kreativität fördern. Er soll Impulse geben. Er soll, um es mit einem Wort zu sagen, uns selber motivieren und mobilisieren, gemeinsam ein gutes Parteiprogramm zu erarbeiten. Linke und Rechte, Alte und Junge, Frauen und Männer sind aus

unterschiedlichen Gründen Mitglieder dieser Partei geworden, haben ebenso unterschiedliche Auffassungen und unternehmen den grandiosen Versuch, nicht einen ideologischen Machtkampf auszulösen, sondern ein positives Streitgespräch über die bestmöglichen Lösungen für die Zukunft zu finden. In diesem Sinne stellt der Entwurf der Programmkommission eine unbezahlbare Zukunftsinvestition dar.

Ich bitte um loyale, tolerante und kluge Mitarbeit. Es geht nicht um Rechthaberei, nicht um Besserwisserei und nicht um ideologische Haarspalterei, es geht darum, die politische Basis für diese Partei zu erweitern, damit sie den von Albert Steck 1876 formulierten historischen Auftrag erfüllen kann: Demokratisierung der Wirtschaft! Erst wenn wir dieses Ziel erreicht haben, haben wir eine richtige Demokratie in der Eidgenossenschaft. Heute ist sie noch zu sehr eine GmbH, das heisst eine Gesellschaft mit beschränkter staatlicher Haftung. Dieses Land heisst aber gemäss Bundesverfassung «Schweizerische Eid-Genossenschaft». Sie zu verwirklichen bleibt das Ziel. Den Weg zu finden geht über die Programmrevision. Das Ziel zu realisieren bedeutet mehr Wähler, mehr Sympathisanten und mehr Anhänger als bisher für uns zu gewinnen. Bedeutet mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen in diese Partei.

Nützen wir die Chance.

Toya Maissen

Medienmisere

Die Medienpolitik beschäftigt nicht nur die Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Es rumort allethalben im Gebälk. Im Rampenlicht stehen die Medienschaffenden, Redaktoren und Journalisten: kritisiert, beschumpfen, gelobt, entlassen, bemitleidet, bewundert auch, je nach Standpunkt. In linken Kreisen ist die Besorgnis über den stets kleiner werdenden Spielraum (Spiele?) ständig gewachsen.

Und die Medienschaffenden? Häufigste Reaktion: Empörung und Selbstmitleid. Die miserable Presseszene wäre eine Gelegenheit, in sich zu gehen, und es wäre die Frage zu stellen: Welches ist unser Anteil an der Misere? Arbeitskämpfe in Redaktionen von Zeitungen, Radio und Fernsehen sind allemal ziemlich traurig zu Ende gegangen, falls sie überhaupt stattgefunden haben. Solidarität muss erst noch mühsam erlernt werden, vor allem aber fehlt das Bewusstsein, ein ganz gewöhnlicher Lohnschreiber zu sein. Standesbewusstsein, wie es jahrzehntelang zelebriert wurde, sollte angesichts der Misere gelegentlich doch dem politischen und gewerkschaftlichen Bewusstsein Platz machen. Der Aufprall wäre etwas weniger schmerzhaft, wenn man auf der Strasse landet.